



KRIEG & FRIEDEN

1945 und die Folgen in Brandenburg

KRIEG & FRIEDEN

1945 und die Folgen in Brandenburg¹

Vorbemerkungen zum Aufruf

Das Themenjahr Kulturland Brandenburg 2020 »Krieg & Frieden« (AT) führt den konzeptionellen Ansatz der vorhergehenden Themenjahre fort, jährlich unter einem anderen Schwerpunkt zu Entdeckungen in das Land Brandenburg einzuladen, um das kulturelle Erbe und die kulturelle Vielfalt der Region, aber auch die Zäsuren und Brüche in der brandenburgischen Geschichte sichtbar werden zu lassen.

So geht es einerseits um eine klare Akzentuierung thematischer und regionaler Schwerpunktsetzungen, aber andererseits auch darum, ein dezentrales Konzept zu verfolgen, das es ebenso kleineren Initiativen und Einrichtungen ermöglicht, als Baustein einer Dachmarke qualifiziert, kommuniziert und vermarktet zu werden.

Das Themenjahr Kulturland Brandenburg 2020 »Krieg & Frieden« konzentriert sich explizit auf die zeithistorische Phase von 1945 bis heute und wird den ausgewiesenen Schwerpunkten entsprechend umgesetzt. Kulturland Brandenburg greift damit die Initiative der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) auf, die mit dem Ausstellungsprojekt »Potsdamer Konferenz 1945 – Die Neuordnung der Welt« im Schloß Cecilienhof die bis heute spürbaren Auswirkungen der Potsdamer Nachkriegsordnung in Europa und darüber hinaus vermitteln wird. Ähnlich wie 2012 zur Ausstellung »Friederisiko« der SPSG oder 2014 zur Ersten Brandenburgischen Landesausstellung »Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft« in Doberlug-Kirchhain soll das Themenjahr 2020 die Ausstellung im Schloss Cecilienhof nicht nur inhaltlich begleiten, sondern auch eigene Akzente setzen. Insbesondere sollen die Projekte das Thema »Krieg & Frieden« herunterbrechen auf den Erfahrungshorizont der Brandenburger*innen und auf die gelebte Nachkriegsgeschichte in der Fläche des Landes.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges ist heute gleichbedeutend mit dem Beginn des Kalten Krieges. Das Jahr 1945 läutete in Europa aber auch eine Epoche des Friedens ein, die – abgesehen vom Krieg im ehemaligen Jugoslawien und in der Ukraine – bis heute anhält.

Das vorliegende Konzept dient als wissenschaftlich fundierter Aufriss, der mit einer Reihe durchaus streitbarer und pointierter Thesen dazu beitragen soll, die Spuren des Zweiten Weltkrieges und der nachfolgenden Epoche in Brandenburg sichtbar werden zu lassen und sie in einen größeren Kontext einzubetten. Gleichzeitig steht die individuelle Erfahrung und Erinnerung der Brandenburger*innen im Fokus des Themenjahres 2020. Kulturland Brandenburg möchte damit zum Diskurs über die historische, erinnerungs-

¹ »Der Sieger«, 1945, Fotomontage, Foto: bpk – Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte. Das Bild zeigt einen sowjetischen Soldaten, der vor den Trümmern der Residenz- und Garnisonstadt Potsdam einen »Siegesschluck« nimmt.

kulturelle und demokratische Entwicklung der vergangenen 75 Jahre in Brandenburg anregen.

Kulturland Brandenburg wird sich dazu mit ausgewählten Projektpartnern in Verbindung setzen. Mit ihnen gemeinsam werden Schwerpunktprojekte entwickelt, die ihrerseits das regionale und thematische Zentrum für »Ankerprojekte« bilden sollen. Thematische und regionale Konzentration wird dafür das maßgebliche Kriterium sein.

Die Veröffentlichung der Konzeption für das Themenjahr 2020 »Krieg & Frieden« soll dazu dienen, weiteren am Thema interessierten Akteuren Möglichkeiten der Beteiligung aufzuzeigen und eigene Ideen für die Gestaltung des Themenjahres zu entwickeln.

Termin zur Einreichung Ihrer Projektideen

Im Sinne einer zeitnahen Projektplanung bitten wir Sie, Projektideen bis spätestens zum **30. Juni 2019** in der Geschäftsstelle der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH, Kulturland Brandenburg, Brigitte Faber-Schmidt, Schloßstr. 12, 14467 Potsdam, oder per Mail an: b.faber@gesellschaft-kultur-geschichte.de einzureichen.

Noch einige praktische Hinweise:

- Bitte reichen Sie eine kurze Projektskizze mit dem Konzept Ihres Projektes sowie erste Eckdaten Ihres Kosten- und Finanzierungsplans (bestehend aus den Gesamtkosten, der gewünschten Fördersumme, evtl. Eigenanteile und/oder angestrebter bzw. beantragter Ko-Finanzierungen) ein.
- Über Kulturland Brandenburg können bis zu 50% der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gefördert werden.

1. Ein Tag der Befreiung

»Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang.«²

In den 1980er Jahren veränderte sich die Erinnerungskultur in Deutschland – Ost wie West – maßgeblich. Anstoß für diese Entwicklung war ohne Zweifel die Häufung runder Gedenktage.³ Als herausragendes Ereignis, ja als »Sternstunde deutscher Nachkriegsgeschichte«⁴, wurde und wird in diesem Zusammenhang die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 gesehen.⁵ 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bekannte sich das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland erstmals ausnahmslos zur Notwendigkeit einer anhaltenden Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Faktisch argumentierte Weizsäcker, wie Untersuchungen zur offiziellen Geschichtsrhetorik der Bundesrepublik zeigen, durchaus in der Tradition seiner Vorgänger.⁶ Auch leitete sich der Erfolg seiner Rede nicht aus der bis dahin ausführlichsten Auflistung der verschiedenen Opfergruppen des Nationalsozialismus ab, mit der er wie selbstverständlich die Systemgrenzen des Kalten Krieges zu überbrücken verstand, in dem er explizit auch die Opfer des kommunistischen Widerstands in sein Gedenken einbezog.⁷ Es war die Herangehensweise des Bundespräsidenten, die sie einzigartig machte. Von langer Hand geplant, hatte Richard von Weizsäcker Vertreter*innen aus Politik und Gesellschaft, dem In- und Ausland ins Bundespräsidialamt geladen und allen die gleiche Frage gestellt: »Was bedeutet Ihnen der 8. Mai?«⁸

² Aus der Rede Richard von Weizsäckers im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985, Onlineversion: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html (Stand: 28. Januar 2019).

³ Vgl. Jan Holger Kirsch, »Wir haben aus der Geschichte gelernt«. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Onlineversion: <http://dx.doi.org/10.14765/56741.1> (Stand: 28. Januar 2019). Laut Kirsch wird in den 1980er Jahren ein deutlicher Paradigmenwechsel in der Bundesrepublik erkennbar.

⁴ Jitzhak Ben-Ari, Sternstunde der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Mai 1985, S. 6.

⁵ Vgl. auch Katrin Hammerstein/ Birgit Hofmann, »Wir [...] müssen die Vergangenheit annehmen« - Richard von Weizsäckers Rede zum Kriegsende 1985, Onlineversion: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/217619/richard-von-weizsaeckers-rede-zum-kriegsende-1985#footnode4-4> (Stand: 28. Januar 2019) sowie Cornelia Siebeck, »Einzug ins verheissene Land«. Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985, in: Zeithistorische Forschungen 12 (2015), S. 161–169, hier. S. 161f.

⁶ Vgl. ebd., S. 163.

⁷ Vgl. Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 419ff.

⁸ Zit. n. Antje Vollmer, Trauerrede für Richard von Weizsäcker, 11. Februar 2015 im Berliner Dom, Onlineversion: <https://antje-vollmer.de/trauerrede%20r.v.%20wei> (Stand: 6. Februar 2019).

Das eingangs erwähnte Zitat beschreibt die tiefsitzende Dichotomie aus Befreiungserfahrung und Untergangsstimmung, die den Geschichtsdiskurs in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit prägte.⁹ Aus ihrer individuellen Erfahrung heraus hatten die Deutschen den 8. Mai 1945 gleichermaßen als »Befreiung« und »Katastrophe«¹⁰ erlebt. Weizsäckers Anerkennung der Deutungskonflikte unter dem Vorzeichen der Befreiung erntete über die Grenzen der politischen Lager hinweg Lob und Unterstützung. Mit seiner Rede bot er der kollektiven Erinnerung einen Raum zur Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit.

Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs fiel der Widerhall, wie zu erwarten war, gering aus. Zwar druckte das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« den Dankesbrief des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies ab,¹¹ verzichte aber nicht darauf, wenige Tage später die Kritik »der Ewiggestrigen aus Bonn«¹² aus den Reihen der Vertriebenenverbände der positiven Beurteilung Weizsäckers entgegenzusetzen. Der 8. Mai 1945 war seit jeher in der kanonisierten Erinnerung der DDR-Geschichtspolitik ein »Tag der Befreiung«.¹³ Die Rede Weizsäckers musste also allein aufgrund der Systemkonkurrenz zwischen den beiden Staaten eine Randnotiz bleiben. Weshalb verdient sie mit Blick auf die Nachkriegszeit in der DDR trotzdem Erwähnung?

Die SED leitete das Gedenkjahr 1985 bereits am 11. Januar mit dem »Aufruf zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes«¹⁴ ein. Unter Formeln wie »Deutsche Antifaschisten in der Front der Sieger«¹⁵ oder »Wir in der DDR haben die Chance von 1945 genutzt«¹⁶ folgte die staatliche Presse den seit Mitte der 1950er Jahre festgeschriebenen Inhalten der DDR-Geschichtspolitik.¹⁷ Eine Abweichung von dieser systemimmanenten »Heroisierung des antifaschistischen Widerstands«¹⁸ und der damit verbundenen historischen Überlegenheit der DDR war kaum möglich. Bemerkenswert ist, dass die fehlende gesellschaftliche Auseinandersetzung seit den 1970er Jahren »zur Formierung einer politischen Gegenöffentlichkeit führte«¹⁹. Am 8. Mai 1985, am Tag der Rede Richard von Weizsäckers vor dem

⁹ Vgl. Siebeck, Einzug (wie Anm. 5), S. 165f.

¹⁰ Wolfgang Bergem, »Stunde Null« und »Achtundsechzig« als Gründungsmythen der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Yves Bizeul / Stephanie Wodianka (Hrsg.), Mythos und Tabula rasa. Narrationen und Denkformen der totalen Auslöschung und des absoluten Neuanfangs, Bielefeld 2018, S. 125–140, Zit. S. 129.

¹¹ Vgl. »Herbert Mies dankt Bundespräsident Weizsäcker«, in: Neues Deutschland, 14. Mai 1985, S. 1.

¹² Neues Deutschland, 17. Mai 1985, S. 7.

¹³ Vgl. Christoph Kleßmann, 1945 – welthistorische Zäsur und »Stunde Null«, Onlineversion: https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/315/file/docupedia_klessmann_1945_v1_de_2010.pdf (Stand: 2. März 2019), S. 3.

¹⁴ Neues Deutschland, 11. Januar 1985, S. 1.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Vgl. Herf, Erinnerung (wie Anm. 7), S. 192f.

¹⁸ Martin Sabrow, Der nationalsozialistische Zivilisationsbruch in der geteilten deutschen Geschichtskultur, in: Entnazifizierte Zone? Zum Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in ostdeutschen Stadt- und Regionalmuseen, hrsg. v. Museumsverband des Landes Brandenburg, Bielefeld 2015, S. 17–41, Zit. S. 18.

¹⁹ Kirsch, Der 8. Mai (wie Anm. 3), S. 144.

Deutschen Bundestag, widersprachen erstmals zwei führende Vertreter der evangelischen Friedensbewegung – Markus Meckel und Martin Gutzeit – dem offiziellen Kanon und warfen der DDR einen mangelhaften, oberflächlichen Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus vor.²⁰ Die Forderung, die Weizsäcker 1985 an den Deutschen Bundestag richtete, nämlich der Wahrheit ins Auge zu sehen,²¹ richteten Meckel und Gutzeit auch an die DDR.²²

In beiden deutschen Staaten wurde das Ende des Zweiten Weltkrieges als tiefgreifende Zäsur empfunden. Unter jeweils anderen Vorzeichen stand der 8. Mai 1945 für die totale Niederlage eines verbrecherischen Systems und die Chance auf einen Neuanfang. Die mit dem 8. Mai 1945 vielfach verbundene Metapher der »Stunde Null« bleibt erinnerungspolitisch aber umstritten.²³

2. Das Jahr 1945 in der kollektiven Erinnerung

»Wir hören Hurrarufe der Russen. Der furchtbarste Krieg aller Kriege ist zu Ende. Armes Vaterland, wie wird es dir nun ergehen?«²⁴

Hildegard Muschans Tagebucheintrag vom 8. Mai 1945 schildert eindrücklich die Gefühlslage einer großen Mehrheit der brandenburgischen Bevölkerung. Es sind Worte der Erleichterung über das Ende eines schrecklichen Krieges, Bekenntnisse der Angst vor den herannahenden sowjetischen Truppen, Erinnerungen an eine tiefsitzende Unsicherheit vor den Veränderungen, die der Untergang des Nationalsozialismus mit sich bringen würde, oder Beschreibungen der Zerstörung, die das kollektive Tagebuch Brandenburgs füllen.²⁵

Die individuelle Erfahrung dieses kollektiven Niedergangs entwickelte in der Erinnerung einen fast mythischen Charakter. Wie auch sonst sollten die allorts anzutreffenden massiven Zerstörungen, die schier endlose Zahl der Kriegsoffer und das Maß der Verelendung greifbar werden als in der Konstruktion einer *tabula rasa*,²⁶ also

²⁰ Vgl. Herf, Erinnerung (wie Anm. 7), S. 429. Markus Meckel und Martin Gutzeit plädierten in ihrer Erklärung für die Annahme der Verantwortung für den Frieden.

²¹ Weizsäcker, Rede (wie Anm. 2), Abschnitt 1.

²² Vgl. Markus Meckel und Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 266–273.

²³ Im siebten Abschnitt seiner Rede schreibt Weizsäcker: »Es gab keine ‚Stunde Null‘, aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn.«

²⁴ Tagebucheintrag von Hildegard Muschan, 8. Mai 1945 in Rathenow, Onlineversion: https://zeitstimmen.de/index.php?page=eintrag&is_id=1316 (Stand: 24. Januar 2019).

²⁵ Das Portal www.zeitstimmen.de ist ein Gemeinschaftsprojekt des Brandenburgischen Literaturbüros und des Kurt Tucholsky Literaturmuseums in Rheinsberg, das Tagebücher, Briefe, Erinnerungen und Fotos sammelt, um ein kollektives Tagebuch Brandenburgs entstehen zu lassen, in dem sich »der Wandel der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen des Landes nachvollziehen lässt«, vgl. »Über uns«, Onlineversion: <https://zeitstimmen.de/index.php?page=Über%20uns> (Stand: 24. Januar 2019).

²⁶ Vgl. hierzu Richard Overby, 8. Mai 1945: Eine internationale Perspektive, in: APuZ 16–17 (2015), S. 3–9, hier S. 3.

einer totalen Auslöschung des Vorhandenen in einem absoluten Neuanfang.²⁷ Ideologie und Weltanschauung sollten der Freiheit und der europäischen Versöhnung nicht länger im Wege stehen.²⁸ Die Hoffnung und der Wille, sich von der Vergangenheit und den Verbrechen des Nationalsozialismus abzuheben, mündeten in der Sowjetischen Besatzungszone in der Gründung eines neuen Staates unter sozialistischen Vorzeichen, der nachhaltig den Frieden und eine zukunfts- und fortschrittsorientierte gesellschaftliche Entwicklung sichern sollte.

Dass dieser vielbeschworene Neuanfang kein einfacher sein kann, erzählen Werke wie Roberto Rossellinis Film »Germania Anno Zero«.²⁹ Das zerstörte Berlin wird hier als »Ikone der totalen Auslöschung«³⁰ stellvertretend für viele andere Städte inszeniert, ohne die personellen Kontinuitäten zu verleugnen. Die Metapher der »Stunde Null«, die Rossellini und andere verwenden, entstammte ursprünglich der militärisch-operativen Planungssprache, tauchte aber in den späten 1940er Jahren vor allem in der Kunst und Literatur auf und setzte sich als populäres Schlagwort des Übergangs im Deutschland der Nachkriegszeit durch.³¹ Bis heute gehört der Begriff zum festen Bestandteil der Erzählung über den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland.

Die historische Forschung hat vielfach auf die Unzulänglichkeiten dieser Erzählung hingewiesen. Weder waren die Zerstörungen so total, noch der Bruch mit tradierten Strukturen so umfangreich, dass ein völliger Neuanfang möglich gewesen wäre.³² So stellte die »neuere Täterforschung« die Frage, ob nicht allein die Zahl der Täter auf eine strukturelle Verflechtung der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit den Verbrechen des Nationalsozialismus zurückzuführen sei.³³ Auch die Ergebnisse verschiedener Forschungsprojekte nach den personellen Kontinuitäten in west- und ostdeutschen Behörden haben die These einer »Stunde Null« als allumfassende Zäsur ad absurdum geführt.³⁴ Der nachhaltige Erfolg insbesondere in der populärwissenschaftlichen und öffentlichen Auseinandersetzung zeigt jedoch, dass sich das Jahr 1945 im kollektiven Gedächtnis der Deutschen als tiefgreifende Erfahrung eingegraben hat. Der Wunsch

²⁷ Vgl. Stephanie Wodianka, Mythos und Tabula rasa: Poetik des Erzählens, Erinnerung und Gedächtnis, Fläche und Raum, in: Yves Bizeul, Stephanie Wodianka (Hrsg.), Mythos und Tabula rasa. Narrationen und Denkformen der totalen Auslöschung und des absoluten Neuanfangs, Bielefeld 2018, S. 25–39, hier S. 31ff.

²⁸ Vgl. Thorbjørn Jagland, Grußwort, in: Verführung Freiheit. Kunst in Europa seit 1945, Katalog zur XXX. Europaratsausstellung, Dresden 2012, S. 6f., hier S. 6.

²⁹ Vgl. Rainer Vowe, Deutschland im Jahre Null, Onlineversion: <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/filmbildung/filmkanon/43559/deutschland-im-jahre-null> (Stand: 11. März 2019).

³⁰ Wodianka, Mythos (wie Anm. 25), S. 30.

³¹ Vgl. Bergem, »Stunde Null« (wie Anm. 10), S. 129.

³² Vgl. Kleßmann, 1945 (wie Anm. 13), S. 5.

³³ Laut Dieter Pohl belaufe sich die Zahl der deutschen und österreichischen Täter auf 200.000 bis 250.000, vgl. Frank Bajohr, Neuere Täterforschung, Onlineversion: http://docupedia.de/zg/bajohr_neuere_taeterforschung_v1_de_2013 (Stand: 11. März 2019).

³⁴ Vgl. Frank Bösch und Andreas Wirsching, Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018. Die Ergebnisse des Projektes »Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi)« werden außerdem auf <https://geschichte-innenministerien.de> vorgestellt.

nach einem Neuanfang war u.a. mit der Forderung nach einem Ende der Schulddebatte verbunden,³⁵ wie sie öffentlich geführt wurde.

Die historische Gedächtnisforschung interpretiert die Metapher der »Stunde Null« als ein »kognitives Ordnungs- und Orientierungsmodell«³⁶, das es den beiden deutschen Nachkriegsstaaten erlaubte, Wege zum Umgang mit der eigenen Vergangenheit zu finden. Die Deutsche Demokratische Republik reagierte auf die Bürde, die die Verbrechen des Nationalsozialismus hinterlassen hatten, mit einem Legitimitäts- und sinnstiftenden Gründungsmythos eines antifaschistischen Widerstandskampfes.³⁷ Auch wenn, wie oben erwähnt wurde, ein öffentliches Ausbrechen aus der staatlichen SED-Geschichtserzählung kaum möglich war, zeigen die Ergebnisse einer Mehrgenerationenstudie mit dem Titel »Tradierung von Geschichtsbewusstsein«, dass dieser Gründungsmythos kaum Wirkung gezeigt hatte.³⁸ Viel wichtiger für das Geschichtsbewusstsein insbesondere junger Menschen, die in der DDR lebten, war die Tradierung der Geschichte in der eigenen Familie im Gegensatz zu den meist »verordneten« Besuchen der nationalen Mahn- und Gedenkstätten Ravensbrück oder Sachsenhausen im Rahmen des Bildungssystems. Noch im Jahr 1990 vermutete die historische Forschung, dass die Bürger der DDR ein differenzierteres Bild vom Nationalsozialismus hatten.³⁹ Das Ende der staatlichen Geschichtspolitik brachte jedoch eine »neue Runde der Amnesie unter konservativen Vorzeichen«⁴⁰ mit sich. Die Häufung rechtsextremer Gewalt in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 1999 kann jedoch nicht als unmittelbare Folge der Wiedervereinigung betrachtet werden.⁴¹ Bereits in den 1980er Jahren gab es Straftaten und Übergriffe mit rechtsradikalem Hintergrund in der DDR.⁴²

³⁵ Vgl. Jörg Osterloh und Clemens Vollnhals, Einführung, in: Dies. (Hrsg.), NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S. 11–31, hier S. 12ff. Wie Osterloh und Vollnhals gezeigt haben, blieb die öffentliche Meinung in der DDR dauerhaft gelenkt und konzentrierte sich stärker auf die Ablenkung der Schuldfrage in Richtung Bundesrepublik. Die dortige Auseinandersetzung dauerte, wie oben beschrieben, bis in die 1980er an.

³⁶ Wodianka, Mythos, S. 33.

³⁷ Vgl. Sabrow, Zivilisationsbruch (wie Anm. 18), S. 18.

³⁸ Vgl. Harald Welzer, Sabine Moller und Karoline Tschuggnall, »Opa war kein Nazi« Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2015, S. 162ff. In der Mitte der 1980er Jahre untersuchten zwei voneinander unabhängige Forschungsinitiativen das Geschichtsbewusstsein von Jugendlichen in der DDR-Provinz. »Beide Projekte förderten insofern Erstaunliches zutage, als die Forscher das, was sie erwartet und wonach sie gesucht hatten, nirgends entdecken konnten. So wenig wie die Wissenschaftler aus Leipzig jene Jugendlichen fanden, die ihnen im Duktus marxistisch-leninistischer Ideologie von »falschem Bewusstsein« oder »imperialistischen Klasseninteressen« zu berichten wussten, so wenig trafen die westdeutschen Historiker auf den gelebten Antifaschismus von unten« (Zit. S. 163).

³⁹ Vgl. Lutz Niethammer, Juden und Russen im Gedächtnis der Deutschen, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1990, S. 114–134, hier S. 132.

⁴⁰ Herf, Erinnerung (wie Anm. 7), S. 432.

⁴¹ Allein in Brandenburg verzeichnete eine Studie des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam 24 Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt mit Todesfolge. Vgl. den Abschlussbericht des Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam zum Forschungsprojekt »Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990« im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales, Potsdam 2015, S. 188f., Onlineversion: <https://www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/pdf/MMZ-Forschungsbericht-Studie-Todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-Gewalt-in-Brandenburg-29062015.pdf> (Stand: 14. März 2019).

⁴² Vgl. Bernd Wagner, Vertuschte Gefahr: Die Stasi & Neonazis, Onlineversion: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218421/neonazis> (Stand: 14. März 2019).

Die Zäsur des Jahres 1945 war, wenn auch auf unterschiedliche Weise, konstitutiv für beide deutsche Staaten. Die Bruchlinie der geteilten Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus verlief entlang der staatlichen Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland. Mit der Aufhebung dieser Grenze und der Wiedervereinigung verschwand zwar die Bruchlinie, die Erinnerung aber blieb. Sie blieb, obwohl und weil es zu einem Aufleben von rechtsextremen Tendenzen, Ausländerfeindlichkeit und zur Leugnung des Holocaust innerhalb der deutschen Gesellschaft kam.

3. Orte des Zweiten Weltkrieges in Brandenburg

Am 31. Januar 1945 gelang es der 1. Belorussischen Front unter Marschall Shukow einen Brückenkopf auf dem westlichen Ufer der Oder bei Küstrin (heute: Kostrzyn nad Odrą) zu errichten. Vordringlichstes Ziel war es, aus diesen Stellungen heraus den letzten und entscheidenden Angriff auf die Reichshauptstadt Berlin zu führen.⁴³ Damit hatte der Zweite Weltkrieg – abgesehen von alliierten Luftangriffen seit dem Frühjahr 1944⁴⁴ – den Boden des heutigen Landes Brandenburg erreicht.

Am 16. April startete der Angriff entlang der Reichsstraße 1, dem schnellsten Weg in Richtung Berlin. In seinen Erinnerungen schilderte Marschall Shukow die Nacht des Angriffs wie folgt: »Die gesamte Talniederung der Oder erbebte – vierzigtausend Geschütze eröffneten gleichzeitig das Feuer. Vierzigtausend! Im Brückenkopf wurde es hell wie am Tag. Der Feuerorkan griff auf die Seelower Höhen über.«⁴⁵ In den kommenden drei Tagen gelang es der Roten Armee, die deutsche Verteidigung bei Seelow, Gusow und Müncheberg zu überwinden. Der Weg nach Berlin war damit frei, er führte durch Brandenburg. Am 25. April, als sich erstmals sowjetische und amerikanische Truppenverbände bei Torgau an der Elbe trafen, schlossen die 1. Belorussische Front und die 1. Ukrainische Front bei Ketzin den Kessel um Berlin. Mit der Einnahme Potsdams am 30. April waren die Kampfhandlungen in Brandenburg weitgehend beendet.⁴⁶

Parallel zu diesen offiziellen Kampfhandlungen zeigte sich eine nie zuvor dagewesene Entgrenzung der Gewalt. Wie u.a. die Ausstellung zur NS-Geschichte in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße zeigt, begann die Intensivierung der politischen Justiz bereits im Jahr 1942. Mit der Ernennung Roland Freislers zum Präsidenten des Volksgerichtshofes, dem politischen Strafinstrument des NS-Regimes, wurde die Todesstrafe von der Ausnahme zum Regelfall. Bis heute ist in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, dass zentrale Teile des Volksgerichtshofes ab Oktober 1943 in

⁴³ Vgl. Gerd R. Ueberschär und Rolf-Dieter Müller, 1945. Das Ende des Krieges, Darmstadt 2005, S.65f.

⁴⁴ Vgl. Olaf Groehler, Der Luftkrieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten, in: Werner Stang (Hrsg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 9–37, hier S. 9. Während bereits im Zuge der Bombenangriffe auf Berlin insbesondere auch das Berliner Umland wiederholt getroffen wurde, rückten verschiedene Orte in Brandenburg wie Cottbus, Zossen/Wünsdorf, Oranienburg, Brandenburg und Potsdam in den Fokus des alliierten Oberkommandos.

⁴⁵ Zit. n. Karl-Heinz Frieser, Die Schlacht um die Seelower Höhen im April 1945, in: Roland G. Förster (Hrsg.), Seelower Höhen 1945, Hamburg 1998, S. 129–143, Zit. S. 136.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 141ff.

Potsdam tagten und Verfolgte im Gerichtsgefängnis inmitten der Potsdamer Innenstadt inhaftiert waren.⁴⁷

Wie bereits 1944 in den besetzten polnischen Gebieten begann die SS im Februar 1945 mit den Vorbereitungen zur Räumung der verbliebenen Konzentrationslager auf brandenburgischem Boden. Die drastische Zunahme der Gewalt wurde mit einer Selektion der „marschunfähigen“ Häftlinge erklärt. Allein im Konzentrationslager Sachsenhausen befanden sich im Frühjahr 1945 etwa 80.000 Menschen, 58.000 von ihnen im Stammlager bei Oranienburg. Ab Februar 1945 wurden tausende Menschen erschossen oder in weiter westlich gelegene Konzentrationslager verlegt.⁴⁸

Die Entgrenzung der Gewalt hatte jedoch auch einen räumlichen Aspekt. Am 21. April 1945 wurden etwa 33.000 Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen auf einen 200 km langen »Todesmarsch« in Richtung Nordwesten getrieben. Sie durchquerten Dörfer und Städte, nutzten stark frequentierte Straßen und Wege. Spätestens zu diesem Zeitpunkt waren die Verbrechen einer großen Öffentlichkeit in Brandenburg bewusst geworden. Mehr als 1.000 Häftlinge brachen aufgrund der unzureichenden Versorgung zusammen. Sie wurden am Wegesrand von den SS-Wachmannschaften erschossen oder erschlagen.⁴⁹ Ab dem 23. April fasste die SS etwa 16.000 Häftlinge an der heutigen Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern, im sogenannten Belower Wald, in einem provisorischen Waldlager zusammen. Sie wurden am 1. Mai von der sowjetischen Armee befreit.

Mit der Verordnung des Reichsjustizministeriums zur Einrichtung von Standgerichten am 15. Februar 1945 richtete sich die offene Gewalt der letzten Kriegsmonate auch direkt gegen die brandenburgische Zivilbevölkerung.⁵⁰ Auf Betreiben des Gauleiters Emil Stürtz sollten die Standgerichte als direktes Instrument des Durchhalteterros dienen.⁵¹ Welche Auswirkungen sie in Brandenburg hatten, welche Orte in besonderer Weise von ihnen betroffen waren und wie groß die Zahl der Opfer in Brandenburg waren, bleibt bis heute ein Desiderat der Regionalgeschichtsforschung.

⁴⁷ Vgl. die Ausstellung in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße, die von Dr. Annemone Christians und Gabriele Schnell kuratiert und im September 2013 eröffnet wurde. Der Volksgerichtshof zog im Februar 1945, nach der Zerstörung des Gerichtsgebäudes in Berlin, vollständig nach Potsdam und tagte in den Räumen des heutigen Amtsgerichts Potsdam in der Hegelallee.

⁴⁸ Vgl. die Angaben der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten zu den Massenmorden in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges, Onlineversion: <https://www.sachsenhausen-sbg.de/geschichte/1936-1945-konzentrationslager-sachsenhausen/> (Stand: 14. März 2019).

⁴⁹ So berichtet Peter Heilbut, Überlebender des Todesmarsches: »Kaum ist der Zug, ist unsere Fünfhunderschaft aus Oranienburgs Bebauung heraus, kaum im freien Gelände, da passiert es zum ersten Mal. Einer, einige Reihen vor uns, bricht zusammen, fällt, liegt da. Liegt da, in Erwartung, wie es nun weitergehe. [...] Auf SS-Befehl wird er beiseite getragen, neben den Weg gelegt. Ein Schuss knallt. Wir haben den ersten Toten.« Vgl. Aussagen von Zeitzeugen über den Todesmarsch und das Waldlager, Onlineversion: <https://www.below-sbg.de/geschichte/april-1945-todesmarsch-und-waldlager/aussagen-von-zeitzeugen/> (Stand: 14. März 2019).

⁵⁰ Vgl. Dieter Pohl, Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung, München 2001, S. 11f.

⁵¹ Vgl. Sven Keller, Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45, München 2013, S. 86ff.

4. Die Folgen des Zweiten Weltkriegs in Brandenburg

»Freiheit wollen wir! [...] Ferner fordere ich geheime, freie Wahlen sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.«⁵²

Zeitzeugenaussagen, wie die der unter Punkt 2 zitierten Hildegard Muschan,⁵³ dokumentieren die Sorgen und Ängste der Menschen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie sind Ausdruck der Unsicherheit über die nahe Zukunft aber auch Ausdruck der Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Letzteres sollte sich im neu entstehenden sozialistischen Teil Deutschlands nur bedingt erfüllen. Der so oft propagierte Frieden in der DDR wurde auf Unfreiheit und Unterdrückung erbaut. Diejenigen, die einen sozialistischen Staat als Gegenentwurf zur nationalsozialistischen Diktatur begrüßt hatten, wurden vielfach enttäuscht. Nichtsdestotrotz blieb die Hoffnung auf Freiheit ein beständiger Begleiter vieler Menschen in der DDR. Und so liesse sich die zu Beginn des Absatzes zitierte Aussage eines Potsdamer Tischlers vom 18. Juni 1953 auf fast jede »Zäsur der Hoffnung« anwenden: z.B. den Volksaufstand am 17. Juni 1953, den Ungarischen Volksaufstand 1956,⁵⁴ den Prager Frühling 1968,⁵⁵ die Entstehung der Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980/81 und schließlich auf die Friedliche Revolution 1989/90 in der DDR.

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges werden in der zeitgeschichtlichen Forschung häufig auf die direkte Nachkriegszeit begrenzt.⁵⁶ Das hängt in hohem Maße mit dem Ende der SED-Herrschaft und der Fokussierung der Forschung nach 1990 auf die politische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zusammen. In den erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen seit 1990 waren scharfe Konflikte zwischen den verschiedenen Opfergruppen über die »Wertigkeit« der Verbrechen des Nationalsozialismus und des Stalinismus entstanden.⁵⁷ Diese Diskussionen sorgten zwar für eine umfangreiche Aufarbeitung der Orte mit »doppelter Vergangenheit«⁵⁸,

⁵² Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll eines Tischlers aus dem Potsdamer Reichsbahnausbesserungswerk im Bezirksuntersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit Potsdam, 18. Juni 1953, in: Gabriele Schnell (Hrsg.), »Freiheit wollen wir!« – Der 17. Juni 1953 im Land Brandenburg. Ausstellungskatalog, Berlin 2003, S. 14.

⁵³ Vgl. Anm. 24.

⁵⁴ Vgl. die Flucht einer Storkower Schulklasse nach West-Berlin, Onlineversion: <https://www.jugendopposition.de/themen/145437/fuenf-minuten-schweigen-fuer-ungarn> (Stand: 14. März 2019).

⁵⁵ Vgl. Bernd Gehrke, Die 68er-Proteste in der DDR, in: APuZ 14/15 (2008), S. 40-46.

⁵⁶ Vgl. z.B. Maja Peers und Babette Quinkert, Einleitung, in: 1945. Niederlage. Befreiung. Neuanfang. Zwölf Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Deutschen Historischen Museum, Darmstadt 2015, S. 9–13, hier S. 10f.

⁵⁷ Vgl. Petra Haustein, Geschichte im Dissens. Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Sachsenhausen nach dem Ende der DDR, Leipzig 2006.

⁵⁸ Rainer Eckert, »Doppelte Vergangenheit« als doppelte Herausforderung. Leistungen und Aufgaben von Aufarbeitungsinitiativen, Gedenkstätte und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, in: Peter März, Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Woran erinnern? Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur, Köln (u.a.) 2006, S.

verstellten aber lange Zeit den Blick auf die »Zone des Übergangs«⁵⁹ zwischen der NS-Zeit und der DDR-Zeit.

So lagen zwar bereits in den 1950er Jahren statistische Angaben zu den Flüchtlingen, Vertriebenen und mit Einschränkungen auch der »Displaced Persons« vor, vereinzelte, explizit sozialgeschichtliche Untersuchungen folgten aber erst in den 2000er Jahren.⁶⁰ Welche Bedeutung die Umsiedlung aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches für die Versorgungslage verschiedener Orte in Brandenburg hatte, wo die Heimatvertriebenen angesiedelt wurden, und wie sich die Beziehungen zur ortsansässigen Bevölkerung entwickelten, sind zentrale Fragen dieser Phase. Ein Projekt der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder) untersuchte jüngst die Bedeutung der Stadt an der Oder als Umschlagplatz für hunderttausende Deportierte, Zwangsarbeiter und Heimkehrer, damit lieferte sie erstmals eine umfangreiche Chronologie lokaler Entwicklungen vor Ort über das Jahr 1945 hinaus.⁶¹

Die Umsiedlung mehrerer Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße war eine direkte Folge der Grenzverschiebungen. Auf der Potsdamer Konferenz hatte Stalin gefordert: »Lassen Sie uns die Westgrenze Polens festlegen, und dann wird die deutsche Frage klarer werden.«⁶² Die vermeintliche Gesprächsbereitschaft diente jedoch lediglich der Legitimation bereits geschaffener Tatsachen. Die Anerkennung der Westgrenze Polens durch das Potsdamer Kommuniqué zementierte die Oder-Neiße-Linie als zukünftige deutsch-polnische Grenze.⁶³ Während sich in den Kreisen der Vertriebenenverbände der Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre entschiedener Widerstand gegen die Anerkennung der Westgrenze Polens regte, waren die Themen Flucht und Vertreibung in der SBZ/DDR lange tabuisiert worden.⁶⁴ Die Erfahrungen der vier Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen wurden von der Sowjetischen Militäradministration und dem SED-Regime durch eine stufenweise Neubezeichnung bagatellisiert: erst »Umsiedler« und später »Neubürger«.⁶⁵ Die Unterdrückung ihrer kulturellen Identität sollte auch der Anerkennung der neuen

⁵⁹ Dan Diner, Zwischenzeit 1945 bis 1949. Über jüdische und andere Konstellationen, in: APuZ 16–17 (2015), S. 16–20, Zit. S. 17.

⁶⁰ Vgl. Arnd Bauernkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln (u.a.) 2002, S. 229ff. Vgl. auch Christoph Kleßmann, Burghard Ciesla und Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration: Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001.

⁶¹ Vgl. Karl-Konrad Tschäpe, Chronologie zu Deportation, Zwangsarbeit und Heimkehr in Frankfurt (Oder) 1938–1956 sowie zu deren zu deren Rezeption bis 2018, in: Frankfurter Jahrbuch 2018, hrsg. v. Museum Viadrina, Frankfurt (Oder) 2018, S. 87–179, hier S. 87–93.

⁶² Zit. n. Manfred Wilke, Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011, S. 48.

⁶³ Vgl. Marita Kraus, Integrationen. Fragen, Thesen, Perspektiven zu einer vergleichenden Vertriebenenforschung, in: Dies. (Hrsg.), Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen 2008, S. 9–21, hier S. 9.

⁶⁴ Vgl. Arnd Bauernkämper: Assimilation und Integrationsdynamik. Vertriebene in der SBZ/DDR in vergleichender Perspektive, in: Marita Kraus (Hrsg.), Integrationen. Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945, Göttingen 2008, S. 22–47, hier S. 22.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 27.

Grenzen dienen.⁶⁶ Uwe Rada hat die Oder als »gemeinsames Labor«⁶⁷ bezeichnet. Für Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene beiderseits der Oder war der Fluss zu einer Grenze geworden, wo vorher keine existierte. Mit ihrer Festigung in der kulturellen Identität der nachfolgenden Generationen wuchs jedoch der Wunsch, die Grenze durchlässiger zu gestalten. 75 Jahre nachdem die Neuordnung Europas im Schloss Cecilienhof in Potsdam beschlossen wurde, ist die Oder zu einem europäischen Kulturraum geworden.

Die Diskussionen um die Ostgrenze der DDR wurden bereits in den späten 1940er Jahren von der Berlin-Frage überlagert. Die Konflikte um die Vier-Sektoren-Stadt bestimmten aber nicht nur die internationale Politik, sie hatten konkrete und beispiellose Auswirkungen auf die Bevölkerung der historisch gewachsenen Region Berlin-Brandenburg.⁶⁸ Walter Ulbrichts ikonischer Satz »Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.«⁶⁹ mochte im Nachhinein wie eine planlose Drohgebärde wirken und wird teilweise noch heute so gedeutet.⁷⁰ Sie offenbarte jedoch die Ziele des SED-Regimes: durch die völlige Abriegelung West-Berlins den Flüchtlingsstrom aus Ost-Berlin zu unterdrücken und das Ausbluten der DDR zu verhindern. Darüber hinaus ließ Walter Ulbricht die Frage der Kontrolle der Sektorengrenzen zu einer Frage über die Souveränität der DDR werden.⁷¹ Welche Auswirkungen die Berliner Mauer und das DDR-Grenzregime hatten, zeigen nicht nur die Ergebnisse des gemeinsamen Forschungsprojektes der Gedenkstätte Berliner Mauer und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam zu den Todesopfern an der Berliner Mauer.⁷² In der Konsequenz bedeutete die Errichtung der Mauer die Festigung der Machtposition der SED und die Intensivierung der politischen Verfolgung in der DDR.

Auch die Frage nach der Entwicklung regionaler und lokaler Strukturen während des Wiederaufbaus sind bisher nur geringfügig beleuchtet worden.⁷³ So hat die Forschung zu Recht auf die differenzierten Aushandlungsprozesse unter den deutschen Kommunisten hingewiesen. Weder die Führung der »Gruppe Ulbricht«, die von Moskau gestützt wurde, noch die Festlegung des Antifaschismus als Staatsdoktrin galten in den

⁶⁶ Vgl. ebd., S. 29.

⁶⁷ Uwe Rada, Das Tor zu Europa. Politisch ist die Oder ein Grenzfluss, kulturell aber verleiht sie Brandenburg seine Weite und hält Polen in Europa fest, in: wir erben. Europa in Brandenburg – Brandenburg in Europa, hrsg. v. der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH, Kulturland Brandenburg, Leipzig 2018, S. 100–103, Zit. S. 103.

⁶⁸ Vgl. Michael Lemke, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, Köln 2006, S. 7.

⁶⁹ Neues Deutschland, 16. Juni 1961, S. 4.

⁷⁰ Vgl. die Darstellung der Bundesregierung zur Pressekonferenz Walter Ulbrichts am 15. Juni 1961, Onlineversion: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/niemand-hat-die-absicht-eine-mauer-zu-errichten--393932> (Stand: 19. März 2019).

⁷¹ Vgl. Hope M. Harrison, Walter Ulbrichts »dringender Wunsch«, in APuZ 31–34 (2011), S. 8– 15, hier S. 10f.

⁷² Vgl. Hans-Herman Hertle, Maria Nooke, Die Todesopfer an der Berliner Mauer. Ergebnisse eines Forschungsprojektes des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer, Potsdam/Berlin 2017, Onlineversion: https://www.berliner-mauer-gedenkstaette.de/de/uploads/todesopfer_dokumente/2017_08_08_hertle_nooke_berliner_mauer_todesopfer.pdf (Stand: 19. März 2019).

⁷³ Vgl. Leonie Treber, Mythos »Trümmerfrau«: deutsch-deutsche Erinnerungen, in: APuZ 16–17 (2015), S. 28–34, hier S. 28.

Jahren 1945/46 als gesetzt.⁷⁴ Welche Gestaltungsräume eröffneten sich also in dieser »Zone des Übergangs«⁷⁵ zwischen 1945 und 1949 in Brandenburg?

Noch heute sind Spätfolgen des Zweiten Weltkriegs und der Besatzung durch die Rote Armee in Brandenburg mittelbar zu spüren. So wurden seit 1990 allein in Potsdam 194 Weltkriegssprengkörper bei Bauarbeiten gefunden.⁷⁶ In Oranienburg werden noch immer 300 dieser Blindgänger vermutet.⁷⁷ Noch umfangreicher zeigt sich die Belastung durch sogenannte WGT-Flächen,⁷⁸ d.h. ehemals militärisch genutzte Areale, die vor allem durch ihre starke Belastung mit Munition und Schadstoffen gekennzeichnet sind. 1994 übernahm das Bundesland Brandenburg 100.000 Hektar dieser Konversionsflächen, wovon bis 2015 ca. 90 % in eine zivile Nutzung überführt werden konnten.⁷⁹ In vielen Fällen ist es ehrenamtlichen Initiativen zu verdanken, dass die Bedeutung ehemals militärisch bzw. staatlich genutzter Flächen erkannt wurde. In wenigen Fällen diente die historische Bedeutung als Grundlage, diese Flächen für die Allgemeinheit zu öffnen und erinnerungskulturell weiterzuentwickeln.⁸⁰

Zusammenfassung und Themenfelder zur Beteiligung am Themenjahr 2020

Das Ende der kommunistischen Herrschaft in Europa und die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten ermöglichte nicht zuletzt die Osterweiterung der Europäischen Union. Die historische Wende von 1989/90 evozierte damit eine gesamteuropäische Erinnerungskultur und so bewahrheitete sich die Vorstellung der britischen Pazifistin Ruth Fry, Europa könne 1945 als »brave new world« neu entstehen,⁸¹ in der Konsequenz erst nach dem Ende des Kalten Krieges. Das Bild des sowjetischen Soldaten, der auf den Trümmern deutscher Städte den Siegerschluck trinkt, hat seine suggestive Kraft verloren. Es bleibt jedoch ein Zeugnis für die Bedeutung des 8. Mai 1945 in der deutschen und europäischen Erinnerung.

⁷⁴ Vgl. Herf, *Erinnerungen* (wie Anm. 7), S. 87f.

⁷⁵ Wie Anm. 54.

⁷⁶ Antenne Brandenburg, 15. Januar 2019, Onlineversion: <https://www.antennebrandenburg.de/programm/wiederkehrende-ereignisse/Bombementschaerfung/bombenfund-in-potsdam.html> (Stand: 14. März 2019).

⁷⁷ Der Tagesspiegel, 15. März 2015, Onlineversion: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/15-maerz-1945-bombenabwurf-ueber-oranienburg-wenn-die-sirenen-heulen/11504670.html> (Stand: 18. März 2019).

⁷⁸ Die Abkürzung WGT bedeutet »Westgruppe der Truppen« und bezeichnet die in der DDR stationierten Verbände der Roten Armee.

⁷⁹ Vgl. die Presseinformation des Ministeriums der Finanzen des Landes Brandenburg »Weitere 19 ehemalige Militärfelder in eine zivile Nutzung überführt«, 24. Juni 2015, Onlineversion: https://mdf.brandenburg.de/media_fast/4055/20150624_PM_Finanzminister_Görke_eröffnet_Konversionssommer_2015_Am_Mellensee.pdf (Stand: 14. März 2019).

⁸⁰ Vgl. das Konzept der Landesregierung »Geschichte vor Ort: Erinnerungskultur im Land Brandenburg für die Zeit von 1933 bis 1990«, Drucksache 4/7529, Onlineversion: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w4/drs/ab_7500/7529.pdf (Stand: 15. März 2019). Hier heißt es: »Im Land Brandenburg ist es insbesondere dank des Engagements von ehrenamtlich arbeitenden Initiativen, Gedenkstätte, Museen und Forschungseinrichtungen gelungen, eine vielfältige, dezentrale und pluralistische Erinnerungskultur zu entwickeln« (Zit. S. 6).

⁸¹ Zit. n. Overy, 8. Mai 1945 (wie Anm. 26), S. 3.

Die folgenden Themenfelder bieten mögliche Anknüpfungspunkte an das Themenjahr Kulturland Brandenburg 2020 »Krieg & Frieden«. Eine Weiterentwicklung der Themenfelder und die explizite Spurensuche vor Ort – durchaus auch aus subjektiver Perspektive – sind ausdrücklich erwünscht.

Brandenburger Schicksale

Der Zweite Weltkrieg hatte einschneidende Folgen für die Menschen in Brandenburg. Einzelne Schicksale können stellvertretend die Geschichte Vieler erzählen und einen Eindruck über die Erfahrungen der Menschen vermitteln, die den 8. Mai 1945 erlebt haben. Mögliche Themen könnten sein:

- Die Befreiung der Lager. Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in Brandenburg
- Der Einmarsch sowjetischer Truppen. Berichte deutscher Zivilisten und russischer Soldaten
- Wer baute das Land wieder auf? Die »Trümmerfrauen« in brandenburgischen Städten
- Flucht und Vertreibung. Eine deutsch-polnische Geschichte 1939 bis 1950
- Erwartungen an und Visionen für eine neue Gesellschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des NS-Regimes
- Brüche und Zäsuren in der brandenburgischen Nachkriegsgeschichte als Herausforderung und Chance; gesellschaftliche Entwicklungen und Errenschaften im Wandel

Nach 75 Jahren gibt es nur noch wenige Menschen, die authentisch von ihren Erlebnissen berichten können. Dabei leisten Zeitzeugen einen besonderen Beitrag insbesondere für die Vermittlungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Brandenburger Orte

Die Spuren des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen sind an vielen Orten in Brandenburg noch heute zu entdecken: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus und des Stalinismus, Erinnerungsorte der deutschen Teilung, Denkmäler aus der DDR-Zeit. Sie sind mehr oder minder Teil unserer kollektiven Erinnerung. Doch noch heute existieren auch in Brandenburg verlorene Orte, die auf eine Wiederentdeckung warten. Dabei handelt es sich nicht nur um Orte der NS-Geschichte, auch Orte der Teilungsgeschichte oder des friedlichen Protests sowie die Konversion ehemaliger sowjetischer und ostdeutscher Militärfächen gibt es noch immer zu entdecken.

Flucht, Vertreibung und Repatriierung beiderseits der Oder

Flucht und Vertreibung sind zentrale Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit. Darstellung der Aussiedlung Deutscher aus den ehemaligen Ostgebieten lassen jedoch oftmals außer Acht, dass den Deutschen zwangsweise hunderttausende Polen in die Gebiete östlich von Oder und Neiße folgten. Auch die sogenannten »Displaced Persons« spielen nur eine geringe Rolle in der öffentlichen

Auseinandersetzung mit den Folgen des Jahres 1945. Was geschah mit den ihnen und wo kamen sie unter? Wo wurden die mehr als 600.000 Flüchtlinge angesiedelt? Wie wurden sie in die Gesellschaft integriert? Die Geschichte von Flucht und Vertreibung ist in vielen Fällen eine internationale. Wünschenswert ist daher auch eine internationale Betrachtungsweise.

Das »Dritte Reich« und die DDR im kollektiven Gedächtnis

75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus und 30 Jahre nach der SED-Diktatur haben rechtsradikale Straftaten in Deutschland wieder zugenommen, rechtspopulistische Parteien und Ideen verzeichnen in Europa und in Deutschland erheblichen Zuspruch. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf die Erinnerung an die beiden Diktaturen in Deutschland? Was wissen Brandenburger*innen noch? Welche Möglichkeiten gibt es heute, die Erinnerung an das Jahr 1945 und die Folgen wach zu halten? Wie kann das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung der Friedensphase nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere bei den jüngeren Generationen und angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer Kräfte in Deutschland und Europa gestärkt werden?

Städte und Gemeinden nach dem Krieg

Bei der Betrachtung der Kriegsschäden werden ländliche Räume oftmals außer Acht gelassen. Im Fokus stehen die flächendeckenden Zerstörungen der großen Städte durch alliierte Bomben. Doch auch in Brandenburg hat der Krieg seine Spuren hinterlassen. Städte wie Schwedt, Küstrin, Forst (Lausitz), Oranienburg oder Potsdam waren massiv zerstört worden. Was sollte mit diesen Städten geschehen? Sollten sie wiederaufgebaut werden oder sollten eher, wie in Eisenhüttenstadt, neue Städte entstehen? Welchen Einfluss nahm die SED-Führung auf die Neugestaltung der brandenburgischen Städte und Gemeinden? Welche Rolle spielte die Ideologie dabei? Wie wurden diese Orte auch neu inszeniert? Ähnliche Fragen stellen sich auch in Bezug auf die politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen im Land Brandenburg.

»tabula rasa« in der Kunst

Das Jahr 1945 und die direkte Nachkriegszeit wurden in der Kunst als eine Phase des Aufbruchs verstanden. Die Befreiung vom Nationalsozialismus bot die Möglichkeit eines radikalen Neuanfangs aus den Trümmern. Ob in der Bildenden Kunst, der Literatur oder in der Architektur, ob in der Musik, im Theater oder im (DEFA-)Film: der Wunsch nach einem Neuanfang und nach künstlerischer Freiheit zog sich durch alle Gattungen. Namhafte Künstler wie Johannes R. Becher, Bertolt Brecht u.a. hatten den Anspruch, der NS-Ideologie ein neues Weltbild mit den Mitteln der Kunst und Kultur entgegenzusetzen. Und so blieb zumindest die Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg in der Kunst der DDR lebendig, auch wenn sie nur allzu bald die Freiheit einbüßte, sich kritisch mit den bestehenden Verhältnissen auseinanderzusetzen. Spielen der Zweite Weltkrieg und die Folgen auch heute noch eine Rolle in der Kunst? Welchen Stellenwert hat die Kunst in der heutigen Erinnerungskultur?